

## **Demonstration „Die rechte Welle brechen“, 24. Februar 2024 in Stuttgart**

**Dilnaz Alhan, Seebrücke, Amnesty Stuttgart**

Wir gedenken der Opfer auf dem Mittelmeer, die ihr Leben für die Freiheit verloren haben. Wir gedenken der Opfer, die durch mörderische Regime hingerichtet wurden, die von unterdrückenden Staaten gefoltert wurden. Wir gedenken derjenigen, die für die kurdische Frauenbewegung Jin-JiyanaZadî kämpften und ihr Leben ließen. Wir erinnern uns an diejenigen, die überall auf der Welt ihre Stimme gegen den Faschismus erhoben haben. Wir gedenken der Opfer von Krieg und Terror in Syrien, Kurdistan, Afghanistan, Sudan, Ukraine, Somalia und anderen Kriegsregionen. Wir denken an die Menschen, die für ihre Menschenrechte, Freiheit und Gerechtigkeit im Gefängnis sitzen. Wir gedenken der Opfer des Holocausts. Wir erinnern uns an die Menschen, die wegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung beleidigt, angegriffen oder getötet wurden. Menschen werden auch aufgrund ihrer Identität oder ihres Geschlechts verfolgt, sei es wegen ihrer sexuellen Orientierung oder ihres Glaubens. Sie stehen vor der grausamen Wahl, unterdrückt, eingesperrt oder hingerichtet zu werden. Ihre einzige Hoffnung ist ein Leben in Freiheit.

Diese Menschen haben keine andere Wahl, als zu fliehen. Ich frage Euch, was hättet ihr getan, wenn ihr vor dieser schmerzlichen Wahl stündet, sterben im Krieg, oder das Leben auf der Flucht in Kauf nehmen, mit dem Glück doch ein Leben in Freiheit zu schaffen. Doch auch hier ist Rassismus leider zur traurigen Normalität im Alltag geworden. Die politische Lage bereitet mir und vielen Betroffenen große Sorgen. Zum Glück stehen wir nicht alleine da. Danke, dass auch ihr hier in Stuttgart eure Stimme erhebt.

Wir stehen heute zusammen, um eine dringende Botschaft zu verkünden: Die Rechte Welle brechen! Wir sind hier, um gegen eine Politik anzutreten, die Menschenleben aufs Spiel setzt, humanitäre Werte verrät und die grundlegenden Prinzipien der Menschlichkeit missachtet. In den letzten Jahren haben wir mit Blick auf die Asylpolitik in Deutschland und Europa eine erschreckende Entwicklung erlebt. Eine Welle der Abschottung und der Fremdenfeindlichkeit hat Europa erfasst. Statt Menschen in Not zu helfen, werden sie kriminalisiert, abgewiesen und ihrem Schicksal überlassen. Doch wir weigern uns, diesem Kurs weiter tatenlos zuzusehen.

Wir alle stehen hier, um ein Zeichen zu setzen, ein Zeichen gegen den Rechtsdruck, ein Zeichen gegen die AfD, ein Zeichen dafür, dass wir gemeinsam mehr erreichen können. Es ist wichtig zu betonen, dass Missstände benennen und Populismus aufdecken nicht zur Spaltung führen oder Es ist wichtig zu betonen, dass das Benennen von Missständen keine Spaltung bedeutet, dass das Aufdecken von Populismus keine Spaltung verursacht. Im Gegenteil, es ist wichtig, die Missstände der Politik zu benennen. Auch wenn viele von uns hier Mitglieder einer Partei sind, ist es dennoch wichtig, dass auch sie über diesen Parteien stehen, diese Probleme erkennen und diesen Populismus, diesen Rechtsdruck beenden. Denn auch das ist Teil des Problems. Die Grenzen Europas sind heute jedoch traurige Symbole für das Versagen Europas geworden. Anstatt sichere Häfen anzubieten, werden Rettungsschiffe blockiert und SeenotretterInnen kriminalisiert. Doch wir stehen fest an der Seite derjenigen, die ihr Leben riskieren, um anderen zu helfen. Wir setzen uns für eine humane und solidarische Asylpolitik ein, die das Recht auf Schutz und Asyl respektiert und die internationale Solidarität hochhält. Das Anfang des Jahres verabschiedete "unmenschliche Rückführungsverbesserungsgesetz" des Bundestags trägt nicht dazu bei, die Situation zu verbessern.

Im Gegenteil, es erhöht das Risiko für Gewalt und Ausbeutung, indem es Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere weiter in die Illegalität drängt. Die geplante Verschärfung der Abschieberegeln zielt scheinbar darauf ab, ProtestwählerInnen zu gewinnen, ist aber letztendlich eine heuchlerische Maßnahme, die gegen Menschenrechte verstößt. Wir müssen sicherstellen, dass diejenigen, die vor Krieg, Verfolgung und Armut fliehen, nicht im Stich gelassen werden. Dieses Gesetz bedroht unsere demokratischen Werte und Grundrechte, indem es den "Ausreisegewahrsam" verlängert, Polizeibeamten weitreichende Befugnisse einräumt und das Recht auf rechtliches Gehör gefährdet. Wir dürfen nicht zulassen, dass Menschenrechte und die Würde jedes Einzelnen aufs Spiel gesetzt werden. Das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) ist gescheitert.

Es ist an der Zeit, es grundlegend zu reformieren und ein System zu schaffen, das auf Menschlichkeit und Solidarität basiert. Wir dürfen nicht zulassen, dass Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Unterdrückung fliehen, weiterhin im Stich gelassen werden. Europa muss sichere und reguläre Fluchtwege eröffnen. Denn seit 2019 sind schon mindestens 10.000 Menschen gestorben. Statt auf Spaltung zu setzen, sollten wir uns für einen konstruktiven Dialog einsetzen und uns entschieden gegen solche Maßnahmen stellen, die die Grundwerte

unserer Gesellschaft untergraben. Wir dürfen nicht zulassen, dass politische Bürokratie und nationale Interessen über das Leben und die Würde von Menschen gestellt werden.

Die Angst vor geflüchteten Menschen wird täglich geschürt. Straftaten gegen Asylsuchende und Geflüchtete nehmen erneut zu, hauptsächlich handelt es sich um rechtsextremistische Straftaten. Es ist menschenverachtend, Menschen anzugreifen, die bei uns Schutz vor Krieg und Terror suchen. Die politische Debatte dreht sich oft nicht mehr um Lösungen, sondern um Abschreckung und Abschiebung. Ich zitiere: "Wir müssen im großen Stil abschieben, oder Asylsuchende nehmen deutschen die Zahnarzttermine weg." Es ist heuchlerisch zu behaupten, dass Politikerinnen gegen rechtsextremistische Ideologien kämpfen, während sie gleichzeitig Politik betreiben, die ihren Werten entsprechen. Wer Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung bekämpfen will, darf die Politik der rechtsradikalen und der AFD nicht umsetzen. Lasst uns unsere Stimme auch für diejenigen erheben, die selbst nicht sprechen können.

Es liegt in unserer Verantwortung, für sie einzutreten und uns für sie stark zu machen. Es ist nicht nur unsere Pflicht, sondern auch unsere moralische Verpflichtung. Antifaschismus bedeutet Menschlichkeit/ Mensch zu sein. Lasst uns dafür bekannt sein, dass wir uns solidarisch mit diesen Menschen zeigen, anstatt dass Deutschland Deportationen unterstützt, Rechtsextremismus und Antisemitismus toleriert. Es ist an der Zeit, dass wir gemeinsam gegen diese bedrohlichen Entwicklungen aufstehen und für eine Politik kämpfen, die auf Verständnis, Humanität und Gerechtigkeit basiert. Nur so können wir eine wirkliche Veränderung herbeiführen. Und nur so können wir Lösungen finden, die auf Solidarität und Zusammenarbeit beruhen, anstatt Grenzen zu verschärfen und Zäune zu errichten. Unsere Gesellschaft lebt von Vielfalt und kultureller Bereicherung. Wir lassen uns weder spalten noch vertreiben. Illegal sind nicht die Menschen, sondern die rassistischen Ideologien der AFD, ihrer Anhänger und aller rassistischen Gruppen. Wir halten zusammen -Von Stuttgart über Berlin nach Halle, von Hannover nach Dessau, von München nach Hanau -wir rufen laut: Wir sind die Brandmauer! Es ist wichtig, nicht nur bei Demonstrationen aktiv zu sein, sondern auch im Alltag.

Seid aufmerksam, engagiert euch und vor allem: SEID MUTIG. Wir dürfen nicht nur gegen etwas sein, sondern müssen auch aktiv etwas dafür tun. Indem wir die Menschenrechte achten und uns gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, repressive Gesetze und Populismus stellen, zeigen wir wahre Menschlichkeit und Solidarität. Lasst uns gemeinsam

dafür kämpfen, dass jede Person in diesem Land die gleichen Rechte und die gleiche Würde genießt. Die Würde des Menschen ist unantastbar -lasst uns die Rechte Welle brechen und eine Gesellschaft formen, in der Menschlichkeit und Solidarität im Vordergrund stehen: Abschließend möchte ich mit den bewegenden Worten von Margot Friedländer enden und danke für Eure laute Stimme und Euer starkes Zeichen gegen die AfD gegen den Rechtsdruck bedanken: "Ich sage ihnen, dass in meinen Adern das gleiche Blut fließt wie in den ihren: Es gibt kein christliches Blut, kein jüdisches Blut, kein muslimisches Blut –es gibt nur menschliches Blut, und wir müssen die Menschen respektieren. Was war, war. Das können wir nicht ändern. Aber es sollte nie, nie, nie wieder passieren.

### **Meike Olszak, Flüchtlingsrat Baden-Württemberg**

Der Flüchtlingsrat ist ein Verein, der sich für die Rechte geflüchteter Menschen einsetzt. Aktuell kostet es mich und meine Kolleg\*innen jeden Morgen mehr Überwindung, Nachrichten zur Flüchtlingspolitik zu konsumieren. Eine Art Wettkampf scheint in der Politik ausgebrochen zu sein: Ein perfides Überbieten um die erfinderischsten Vorschläge zur Abschreckung geflüchteter Menschen. Der aktuelle asylpolitische Kurs zeigt, dass rechtsextreme Kräfte die letzten Jahre in Deutschland ganze Arbeit geleistet haben. Das Aushandeln von Rückführungsabkommen mit Diktaturen, die Inhaftierung von Menschen an den europäischen Außengrenzen, die Diskussion um Arbeitszwängen, die aktuelle CDU-Forderung zur Abschaffung des individuellen Asylrechts –das sind leider nur ein paar Beispiele von vielen. Die Devise lautet: Größtmögliche Abschreckung -je drastischer die Mittel, desto besser. An diesem Spektakel beteiligen sich Parteien aller Color.

Wissenschaftliche Studien beweisen, dass geflüchtete Menschen vor allem in Länder fliehen, in welchen sie eine Community oder Verwandte haben oder eine Zukunftsperspektive für sich sehen. Suggestiert wird uns: Sie würden nach dem Sozialleistungssystem entscheiden –das ist Schwachsinn! Doch auf der Grundlage dieser Fehlannahmen wird Politik gemacht. Mit der Bezahlkarte sollen Geflüchtete daran gehindert werden, Überweisungen zu tätigen. Das wird die Zugangszahlen nach Deutschland mit Sicherheit nicht senken, sondern geflüchteten Menschen hier das Leben noch schwerer machen -zum Beispiel beim Abschließen eines Handyvertrags. Falsche Grundannahmen, wie die, dass eine erneute Gesetzesverschärfung, die die Durchführung von Abschiebungen erleichtern soll, zur Entlastung der Kommunen beitragen würde, halten sich widerspenstig.

Im vergangenen Jahr haben 70% aller Asylantragsstellenden Anspruch auf einen Schutzstatus in Deutschland gehabt. Keine 200.000 Menschen könnten derzeit legal aus Deutschland abgeschoben werden. Eine Entlastung der Kommunen durch eine erleichtere Durchführung von Abschiebungen -Fehlanzeige. Unnötige zusätzliche Einschränkungen von Rechten, z.B. durch die Ausweitung der Möglichkeiten, Menschen in Abschiebhaft zu nehmen –Volltreffer. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigen: Die neuen Gesetzesänderungen werden sehr wahrscheinlich ohnehin die Zahl der Abschiebungen nicht erhöhen. Aber handfeste Argumente haben gegen Populismus eben keine Chance.

Dass Deutschland laut Expert\*innen eine Nettozuwanderung von bis zu 400.000 Menschen pro Jahr braucht, um das Erwerbsspersonenpotenzial längerfristig konstant zu halten, scheint selbst die Opportunist\*innen unter den Populist\*innen nicht dazu zu bringen, die Abschaffung von Arbeitsverboten, statt Abschottung zu fordern. Warum auch Energie in pragmatische und tatsächliche Lösungen für einen Abbau des Fachkräftemangels und für die Schaffung eines belastbares Gesundheits-und eines Besseren Bildungssystems stecken, wenn es doch so viel leichter ist, geflüchteten Menschen für die Versäumnisse der Politik in den letzten Jahren die Schuld zu geben und sich auf den eigenen Privilegien auszuruhen?

Das Spektrum des Sagbaren scheint aktuell kaum noch Grenzen zu haben. Forderungen und Begrifflichkeiten, die man vor einiger Zeit noch ganz klar der AfD zugeordnet hätte, liegen derzeit in aller Munde. Die rechte Welle macht sich auch in der Sprache bemerkbar. Warum Politiker\*innen Menschen, die gezwungen sind, ihr Herkunftsland zu verlassen, derzeit lieber als "illegal" anstatt als geflüchtet“ bezeichnen, lässt sich recht leicht erklären: Die Eskalationsspirale der Abwehrpolitik braucht genau diese Entmenschlichung: Denn Forderungen, die die Würde eines Menschen radikal beschneiden, gehen leichter über die Lippen, wenn sie sich gegen die Vorstellung einer anonymen Masse "irregulärer Migrationsbewegungen" richten. Sprache hat machtvolle Konsequenzen; sie schafft Bilder in unseren Köpfen, formt unsere Wahrnehmung der Welt und damit auch unser Handeln. Daher spielen Politiker\*innen, die von „irregulärer Migration“ oder „illegalen Flüchtlingen“ sprechen, mit dieser Wortwahl der AfD in die Karten.

Die Forderungen nach der Einschränkung „irregulärer“ oder „illegaler“ Migration ist ohnehin absurd. Sie hinterlässt den Anschein, dass die Menschen eine Wahl hätten, dass sie sich für etwas Kriminelles entscheiden würden, obwohl sie auch die Option hätten, legal nach Deutschland einzureisen, um hier Schutz zu suchen. Doch faktisch ist es gerade die politisch

gewünschte Abwesenheit legaler Migrationsmöglichkeiten, die Menschen auf die gefährlichen Fluchtrouten treibt.

So tragen Politiker\*innen aller Color derzeit dazu bei, rechte Narrative zu verbreiten. Der Begriff „irreguläre Migration“ tauchte 2017 in einem AFD Papier zur Flüchtlingspolitik auf. Es dauerte einige Jahre, doch inzwischen wird er von allen demokratischen Parteien verwendet. Mit einer solchen asylopolitischen Debatte setzen sich rechte Ideen immer mehr in den Köpfen der Menschen fest und ebnen den Weg für weitere Wahlerfolge der AfD. Die Debatte zu Fluchtmigration darf nicht derart einseitig und destruktiv weitergeführt werden. Es braucht endlich eine faktenbasierte und humanitäre Flüchtlingspolitik. Eine Politik, bei welcher auf den ersten Blick erkennbar ist, dass der Schutz der Menschenwürde im Mittelpunkt steht und Demokrat\*innen und nicht Rechtsextreme die Gesetzesentwürfe formuliert haben! Schluss mit dem Populismus –kein Platz für Faschismus!

Manchmal fühlt es sich kurz so an, als seien die Betroffenen und die flüchtlingspolitischen Organisationen mit den Forderungen nach einer humanitären Asylpolitik, nach Bleiberechtsoptionen statt Abschiebungen, nach der Abschaffung von Arbeitsverboten, nach legalen Fluchtrouten -ganz allein. Als würden diese grundlegenden Forderungen in einer Debatte, die sich ausschließlich auf Instrumente zur Flüchtlingsabwehr fokussiert, verhallen. Umso wichtiger ist es, dass heute so viele Menschen zusammengekommen sind, die gemeinsam für Menschlichkeit und für ein Ende des Populismus durch die Stuttgarter Straßen ziehen werden.

Wir sollten es nicht einfach so hinnehmen, dass demokratisch gewählte Politiker\*innen in unserem Namen Gesetze verabschieden, die auf Fehlannahmen beruhen und zur Entmenschlichung Schutzsuchender beitragen. Aber auch wir selber sollten uns informieren und überlegen, welche Worte wir nutzen, welche Behauptungen wir in Diskussionen mit anderen, egal ob am Esstisch mit der Familie, auf der Arbeit oder in der Kneipe, unkommentiert stehen lassen. Jede und jeder einzelne von uns hat eine Verantwortung und kann eine Rolle spielen. Gemeinsam können wir etwas verändern!

Lasst uns hier und heute laut werden und zeigen, dass wir in einem Land leben möchten, in welchem geflüchtete Menschen Platz haben! Lasst uns verkünden, dass geflüchtete Menschen hier willkommen sind! Ruft einmal alle mit mir gemeinsam, sodass man uns nicht nur bis ins Rathaus, sondern bis in den Landtag hören kann: Say it loud, say it clear: Refugees are welcome here!